

# + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 04./05.02.2021

Mit acht eigenen parlamentarischen Initiativen und elf zweiten Beratungen zu früheren Initiativen trug die Fraktion DIE LINKE erneut wesentlich zur Tagesordnung der Landtagssitzung bei. Bei Letzteren ging es unter anderem um Kultur, Bildung, Klimaschutz, rechte Gewalt, Seniorenpolitik und Arbeitsschutz. Dabei stand die COVID-19-Pandemie erneut im Mittelpunkt mehrerer Anträge der Linksfraktion zur Sitzung des Landtages im Februar. Hier eine kleine Auswahl.

## #Pandemie

### #Gesundheitsschutz

#### **Impfen als Ausweg aus der Krise und Sofortmaßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes im zweiten Lockdown**

Mit einer Aktuellen Debatte und einem Antrag unterstreicht die Fraktion DIE LINKE, wie wichtig die Impfung für eine Entspannung der Pandemie-Situation ist. Allerdings wird für die Immunisierung der Bevölkerung Sachsen-Anhalts zu wenig Impfstoff zur Verfügung gestellt. Bis Mitte Februar 2021 soll Sachsen-Anhalt 146.250 Impfdosen erhalten und damit deutlich weniger als angekündigt. Die *Fraktionsvorsitzende Eva von Angern* sagte dazu: „Die Impfung eines großen Teils der Bevölkerung ist die Voraussetzung, um die pandemiebedingten Folgen im Gesundheitssystem und die grundrechtlich sensiblen Einschränkungen schnellstmöglich zurückfahren zu können.“ Dabei seien alle gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die Patentinhaber und Hersteller zur Vergabe der Lizenzen und zum Transfer des technologischen Knowhows zu veranlassen sowie einen Zugang zu biologischen Ressourcen zu ermöglichen, forderte sie weiter. Dafür sind auch Optionen einer Impfstoffproduktion in Sachsen-Anhalt zu prüfen. Zum Chaos der Terminvergabe falle uns derzeit die Tatsache auf die Füße, dass wir eben doch ein digitales Entwicklungsland seien. Bis heute arbeiteten viele Gesundheitsämter noch mit Papier und Excel-Tabellen, die sie per Fax und E-Mail versendeten. Aber auch die Impfzentren sind nicht für alle Bürger\*innen erreichbar, ein Problem gerade für Senior\*innen, Menschen mit Behinderung. Unser Vorschlag lautet, die Kommunen bei der Schaffung einer dezentralen Organisationsstruktur für die Impfungen zu unterstützen, Schnelltests in systemrelevanten Einrichtungen durchzuführen und Stichproben-Testungen der Bevölkerung auf die Mutationen des Virus vorzunehmen. FFP2- oder OP-Masken müssen kostenfrei bereitgestellt werden.

## #Finanzen

#### **Sachsen-Anhalts Zukunft sichern – Nachtragshaushalt und Sondervermögen jetzt!**

Die Corona-Pandemie hat in diesem Winter Sachsen-Anhalt noch stärker getroffen als im Frühjahr 2020. Die Mittel aus dem Nachtragshaushalt 2020 sind trotz der zögerlichen Politik der Regierungskoalition fast verausgabt. Die Landesregierung hat alles darangesetzt, mit der bundesweit geringsten Kreditaufnahme durch die Pandemie zu kommen und dabei die Wirtschaft des Landes in Mitleidenschaft gezogen, Kleinstunternehmer\*innen und Solo-Selbstständige allein gelassen und Künstler\*innen ein auskömmliches Einkommen verwehrt. Der *finanzpolitische Sprecher Swen Knöchel* sagte unter anderem: „Es ist aus Sicht unserer Fraktion unumgänglich, für das Jahr 2021 einen Nachtragshaushalt zu verabschieden. Es ist notwendig, den Fehler der kurzen Tilgungszeiträume aus dem Nachtragshaushalt 2020 zu korrigieren.“ Deshalb sei auch die Einrichtung eines Sondervermögens unumgänglich, um die Kosten der Pandemie in Sachsen-Anhalt zu schultern. Durch dieses sollten Hilfen für Unternehmen, Selbstständige und Soloselbstständige für die Dauer der Pandemie aber auch Kulturschaffende für den Start danach gewährleistet werden. Eine der wichtigsten Forderungen erhob Swen Knöchel wie folgt: „Wir fordern einen Lastenausgleich in Form einer einmaligen Vermögensabgabe für extrem hohe Vermögen. Der Steuergesetzgeber muss der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich mit einer Vermögensteuer

entgegenwirken.“ Die Ungleichheit gefährde den sozialen Frieden im Land. Außerdem forderte die Fraktion DIE LINKE mit ihrem Antrag einen Investitionsfonds für Krankenhäuser, einen Hilfsfonds für Kommunen und Investitionen für die Schulen und deren Digitalisierung.

## #Ausbildung

### Duale Ausbildung auch 2021 ermöglichen

Durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Covid-19-Virus im Jahr 2020 konnten Berufsorientierung und Berufsberatung nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden. Maßnahmen zur Berufsorientierung wurden verschoben oder fielen aus. Davon betroffen sind insbesondere Schüler\*innen, die im Sommer 2021 ihren Abschluss erwerben und dann vor ihrer Berufswahl stehen. Die *ausbildungspolitische Sprecherin Doreen Hildebrandt* brachte unseren Antrag mit den Worten ein: „Jeder Mensch hat das Recht, seinen Beruf frei zu wählen. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, dass jeder Mensch Zugang zu den Informationen haben muss, die ihm bei der Wahl eines Berufes helfen. Wir fordern, die Schulen technisch so auszustatten, dass die Teilnahme an Berufsorientierung online unter Beachtung des Datenschutzes möglich ist. Doreen Hildebrandt zum Abschluss: „Wir haben hier im Plenum schon häufig über Fachkräftemangel gesprochen. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass 2021 kein verlorenes Jahr für zukünftige und gegenwärtige Auszubildende und auch nicht für ausbildungswillige Betriebe wird.“

## #Kitagebühren

### Änderung des Kinderförderungsgesetzes beantragt

Durch die Pandemie werden Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen teilweise oder ganz geschlossen. Solange den Eltern dieses Leistungsangebot verwehrt ist, können keine Kostenbeiträge erhoben werden. Da die Schließung von Einrichtungen und damit der Wegfall von Kostenbeiträgen der Eltern als wichtige Finanzierungsquelle für Gemeinden vom Land zu verantworten ist, muss der dadurch verursachte Einnahmeausfall vom Land erstattet werden. Bereits im März 2020 hat die Fraktion DIE LINKE einen gleichlautenden Gesetzentwurf eingebracht. Dieser fand keine parlamentarische Mehrheit. Am 10. September 2020 wurde ein Alternativantrag der Fraktion DIE LINKE beschlossen, der die Landesregierung auffordert, eine entsprechende gesetzliche Grundlage zu erarbeiten und im Landtag einzubringen. Dieser Verpflichtung ist die Landesregierung bisher nicht nachgekommen. Dazu die *kinder- und familienpolitische Sprecherin Monika Hohmann*: „Liebe Landesregierung, was sollen diese Spielchen? Und, dass Sie Ihren Auftrag des Landtages nicht umsetzen möchten, ist ja nun heute sichtbar geworden. Sie hätten spätestens zu dieser Landtagssitzung einen Entwurf vorlegen müssen, damit er in dieser Legislatur noch beraten und verabschiedet werden kann. Nun haben wir Ihre Aufgabe übernommen und erwarten nun eine zügige Beratung in den Ausschüssen.“ Und sie forderte mit Nachdruck: „Schaffen Sie nun endlich Klarheit für Eltern, Träger und Kommunen! Und dies nicht durch immer wieder neue Erlasse, wobei der Februar bis heute nicht geklärt ist.“

## #Grundeinkommen

### Landesprogramm Corona-Hilfen für Kleinstunternehmen

Mit der derzeitigen Überbrückungshilfe III wird erneut Ausfallersatz für Fixkosten bzw. Betriebskosten für Unternehmen gewährt, die aufgrund der Pandemie schließen mussten. Diese sind für viele Unternehmen nicht ausreichend, um sie dauerhaft vor dem Bankrott zu bewahren. Viele der Unternehmen befinden sich bereits seit letztem Jahr in einer finanziell schwierigen Situation, die durch die verzögerte Auszahlung der November- und Dezemberhilfen verschärft wurde. Inzwischen sind die Rücklagen aufgezehrt. Dazu kommt, dass gerade bei Kleinstunternehmen von einem Lebensunterhalt keine Rede sein kann. Deshalb fordern wir zur Absicherung ein Landesprogramm für Kleinstunternehmen, solange der Bund dies nicht tut. Namens der Fraktion DIE LINKE forderte die *stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kerstin Eisenreich* ein Grundeinkommen in Höhe von 1200 Euro, um die Lücke zu schließen. Parallel muss

auf Bundesebene erwirkt werden, dass die Überbrückungshilfe III für betroffene Unternehmen erneut Umsatzausfälle ausgleicht, anstatt entstandener Fixkostendefizite.

## #Rechte Gewalt und Rassismus

### **Beschlussempfehlungen zu unseren Anträgen zeigen exemplarisch die Auseinandersetzung der Regierungskoalition mit rechter und antisemitischer Gewalt**

Der Landtag hatte über eine Reihe Beschlussempfehlungen zu entscheiden, die sich mit Rassismus, mit rechter und antisemitischer Gewalt, mit rechtem und antisemitischem Terror und mit dessen Folgen befassen. Diese Beschlussempfehlungen beruhen auf Anträgen der Fraktion DIE LINKE, die darin eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen bereits vor dem Anschlag in Halle gefordert, nach dem Anschlag weitere Maßnahmen vorgeschlagen und eine Studie zu Racial Profiling gefordert hatte. Auch die finanzielle Unterstützung für die Nebenkläger\*innen im Halle-Prozess hatten wir eingefordert.

Die *stellvertretende Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin **Henriette Quade*** kritisierte in ihrer Rede, dass mal wieder eine Beschlussempfehlung vorliege, in der viel Richtiges stehe, jedoch kaum etwas, das nicht nur lediglich ein schöner Programmsatz sei, der aber die Situation in diesem Land nicht verändern werde. „Eine ernsthafte Befassung mit unseren umfangreichen und umfangreich begründeten Anträgen hat jedoch über ein Jahr nicht stattgefunden, stattdessen wurde eine solche Beratung im Innenausschuss auf Wunsch der Koalition immer wieder von der Tagesordnung genommen. Das wird der Lage schlichtweg nicht gerecht. Es stärkt die Zivilgesellschaft nicht, sie lediglich auf bestehende, aber nicht ausreichende Fördermöglichkeiten hinzuweisen. Es macht die Strafverfolgung rechts motivierter Straftaten nicht effektiver, wenn das Ministerium nun die einschlägige Richtlinie überarbeiten soll, ohne vorher zu untersuchen – wie wir das gefordert haben –, wie diese bisher in der Praxis umgesetzt wird und wo die Probleme liegen. Es genügt nicht, zu den Beratungsstellen und deren Finanzierung kein Wort zu verlieren.“ Und es sei unehrlich und dem Thema, aber auch der Arbeit im Landtag, nicht angemessen, über ein Jahr keine ernsthafte Beratung stattfinden zu lassen und dass dann mit einer Beschlussempfehlung kaschieren zu wollen, die mit dem eigentlichen Antrag nur noch rudimentär zu tun habe. „Leider müssen wir feststellen, dass dieser Umgang mit unserem Antrag nicht die Ausnahme ist, sondern inzwischen die Regel bei dieser Koalition.“, so das Fazit.

## #Senioren

### **Beschlussempfehlung zu zukunftsfähiger Seniorenpolitik bleibt hinter den Erwartungen**

Die Fraktion DIE LINKE hatte vor einiger Zeit mit einem Antrag die Landesregierung aufgefordert, das Seniorenpolitische Programm des Landes, das 2020 ausgelaufen ist, weiterzuentwickeln und mit für Seniorinnen und Senioren lebensnahen Maßnahmen zu ergänzen. Diese Maßnahmen sollten im Rahmen der Haushaltsberatungen finanziell untersetzt werden. Mit einem weiteren Antrag forderte die Fraktion die Einsetzung eines Landesseniorenbeauftragtes. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration hat nach abschließender Beratung empfohlen, beide Anträge in der vorliegenden geänderten Fassung anzunehmen.

Die *seniorenpolitische Sprecherin **Katja Bahlmann*** kritisierte: „Uns liegt heute eine Beschlussempfehlung mit dem Titel ‚Zukunftsorientierte Seniorenpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen‘ vor. Der Titel ist vielversprechend. Der darunter aufgeführte Inhalt der Beschlussempfehlung leider nicht - er ist lediglich von Feststellungen und Bitten geprägt – nichtssagend, denn diese Feststellungen haben wir schon seit Jahrzehnten getroffen. Die Erwartungen der Senioren werden bei Weitem nicht erfüllt und dieses Papier bleibt ein zahnloser Tiger. ... das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration hat diese Chance vertan.“

Auch der beantragte Landesseniorenbeauftragte sei so nicht gewollt. Allerdings gebe es vom Ministerium die Zusage an die Landesseniorenvertretung, sie bis zum Ende des Jahres mit einer

halben Stelle sowie ab der neuen Haushaltsperiode mit einer vollen Stelle zu unterstützen. Dazu Katja Bahlmann: „Wir nehmen Sie auch in der nächsten Wahlperiode beim Wort und das lässt für mich an diese Stelle nur das Resümee zu: DIE LINKE wirkt!“

## #Fähren

### Beteiligung des Landes an den Kosten der landesbedeutsamen Fähren

Fähren werden derzeit nahezu ausschließlich von den Gemeinden betrieben, obgleich sie überwiegend Kreis-, Landes- oder Bundesstraßen miteinander verbinden. Die Betreiber\*innen-Kosten bleiben ein Problem von Gemeinden, obwohl die Aufgabe dem Land zugerechnet werden muss. Der mangelnden Betriebswirtschaftlichkeit des Fährbetriebs stehen die touristischen, ökologischen und Nutzer\*innen-freundlichen Vorteile gegenüber.

Die Fraktion DIE LINKE hatte in einem ersten Gesetzentwurf die Idee entwickelt, die Fähren in die Verantwortung der Baulastträger zu übertragen. Der für den Landkreis Stendal zuständige Abgeordnete **Wulf Gallert** sagte in seiner Rede: „Die Umsetzung der ursprünglichen Gesetzesinitiative scheiterte am tatsächlichen Willen der Koalition zur Verbesserung der Situation rund um die landesbedeutsamen Fährverbindungen, aber auch an der Sorge der Städte und Gemeinden, die derzeit Fähren im Land betreiben, dass die Qualität und die Weiterführung der wichtigen Verbindungen perspektivisch durch das Land nicht gesichert wären.“

Der Gesetzentwurf soll diesen Missstand beheben. Laut Landesverkehrswegeplan von 2004 – Teil Binnenschifffahrt, Häfen, Fähren – gibt es im Land 26 Fähren, wobei 13 davon als landesbedeutsam eingestuft sind. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei den landesbedeutsamen Fähren eine finanzielle Förderung festzulegen. Wulf Gallert konkretisierte: „DIE LINKE gießt die Ergebnisse der geführten Gespräche jetzt in einen Gesetzentwurf, der für die landesbedeutsamen Fährverbindungen ... gesetzliche Garantien hinsichtlich der finanziellen Beteiligung des Landes festschreibt. Neben der 100-prozentigen Förderung der sogenannten Landrevision – derzeit: maximal 90 Prozent auf Antrag und nicht gesetzlich verbrieft – ist erstmals auch ein 50-prozentiger Betriebskostendefizitausgleich seitens des Landes Bestandteil der Gesetzesinitiative. Die Betreiberkommunen bekommen so Rechtssicherheit und eine finanzielle Planbarkeit.“

Die 13 landesbedeutsamen Fähren, an deren Finanzierung sich das Land beteiligen soll, sind: Aken, Barby, Brachwitz; Breitenhagen, Coswig, Elster, Ferchland, Prettin, Pretzsch, Rogätz, Sandau, Werben und Wettin.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 10. Februar 2021

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Februar 2021 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de). Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.